

Bücherschau

Sozietätsrecht

Rechtsanwalt Dr. Matthias Kilian, Köln



Martin Henssler, Partnerschaftsgesellschaftsgesetz, Verlag C.H. Beck, 2. Aufl., München 2008, 408 S., ISBN 978-3-406-55673-9, 48 EUR.

weile gleichsam „erwachsen“ geworden. Dies belegt nicht zuletzt der stark angewachsene Umfang der *Henssler*'schen Kommentierung, die für die elf zu behandelnden Paragraphen mehr als 400 Seiten – in einem größer gewordenen Format – in Anspruch nimmt. Die Stärken, die bereits die erste Auflage des Kommentars auszeichneten, finden sich auch in der Neuauflage. In der Person des Autors vereinigen sich gleichrangig Spezialistenwissen im Bereich des Gesellschafts- wie auch des Berufsrechts. Häufig liegen die Stärken der Autoren, die sich zur PartG äußern, nur in einem der beiden Bereiche, während sich *Henssler* seit langem als ausgewiesener Fachmann in beiden Materien bewegt. Besonders anschaulich wird dies in der mehr als 100seitigen Kommentierung des § 1, die nicht nur anschaulich die gesamten, vom PartGG angesprochenen Katalogberufe umfassend aufzählt, sondern auch breiten Raum auf den Berufsrechtsvorbehalt des § 1 Abs. 3 verwendet und hier Einblicke in die berufsrechtlichen Besonderheiten von mehr als 20 freien Berufen bietet. Besonders vertieft wird auch die Haftungsverfassung der PartG behandelt, die sie aufgrund der in § 8 Abs. 2 PartGG angeordneten gesetzlichen Haftungskonzentration zu einer Besonderheit im System des deutschen Gesellschaftsrechts macht. Da der Gesetzgeber die Haftungsverfassung im Jahr 1998 nachgebessert hat, handelt es sich bei der Kommentierung des § 8 praktisch um eine komplette Neubearbeitung, die zahlreiche, bislang noch nicht erschöpfend judizierte Probleme behandelt. So lehnt *Henssler* etwa die Rechtsprechung des BGH zur Haftung in der interprofessionelle Gesellschaft ab, bejaht eine Einschränkung des § 130 HGB durch eine analoge Anwendung des § 8 Abs. 2 PartGG, verneint seine Anwendbarkeit auf Ansprüche



Michael Wehrheim, Die Partnerschaftsgesellschaft, Verlag Erich Schmidt, 4. Aufl., Berlin 2007, 189 S., ISBN 978-3-503-10033-0, 38,60 EUR.

1. *Martin Henssler*, Präsident des Deutschen Juristentages und der Rechtswissenschaftler, der sich in Deutschland mit dem Anwalts- und Berufsrecht am wohl umfassendsten beschäftigt, hat eine Neuauflage seines im Jahr 1996 erstmalig erschienenen Kommentars zum „Partnerschaftsgesellschaftsgesetz“ vorgelegt. Steckte die PartG seinerzeit noch in ihren Kinderschuhen, ist sie mittlerweile gleichsam „erwachsen“ geworden. Dies belegt nicht zuletzt der stark angewachsene Umfang der *Henssler*'schen Kommentierung, die für die elf zu behandelnden Paragraphen mehr als 400 Seiten – in einem größer gewordenen Format – in Anspruch nimmt. Die Stärken, die bereits die erste Auflage des Kommentars auszeichneten, finden sich auch in der Neuauflage. In der Person des Autors vereinigen sich gleichrangig Spezialistenwissen im Bereich des Gesellschafts- wie auch des Berufsrechts. Häufig liegen die Stärken der Autoren, die sich zur PartG äußern, nur in einem der beiden Bereiche, während sich *Henssler* seit langem als ausgewiesener Fachmann in beiden Materien bewegt. Besonders anschaulich wird dies in der mehr als 100seitigen Kommentierung des § 1, die nicht nur anschaulich die gesamten, vom PartGG angesprochenen Katalogberufe umfassend aufzählt, sondern auch breiten Raum auf den Berufsrechtsvorbehalt des § 1 Abs. 3 verwendet und hier Einblicke in die berufsrechtlichen Besonderheiten von mehr als 20 freien Berufen bietet. Besonders vertieft wird auch die Haftungsverfassung der PartG behandelt, die sie aufgrund der in § 8 Abs. 2 PartGG angeordneten gesetzlichen Haftungskonzentration zu einer Besonderheit im System des deutschen Gesellschaftsrechts macht. Da der Gesetzgeber die Haftungsverfassung im Jahr 1998 nachgebessert hat, handelt es sich bei der Kommentierung des § 8 praktisch um eine komplette Neubearbeitung, die zahlreiche, bislang noch nicht erschöpfend judizierte Probleme behandelt. So lehnt *Henssler* etwa die Rechtsprechung des BGH zur Haftung in der interprofessionelle Gesellschaft ab, bejaht eine Einschränkung des § 130 HGB durch eine analoge Anwendung des § 8 Abs. 2 PartGG, verneint seine Anwendbarkeit auf Ansprüche

aus § 311 Abs. 3 BGB und lässt auch den Scheinpartner am Haftungsprivileg des § 8 Abs. 2 PartGG teilhaben. Wer sich vertieft mit der PartG befassen möchte, wird um den Kommentar von *Henssler* nicht herumkommen.
2. Nicht in Kommentarform, sondern im Stil einer systematischen Darstellung arbeitet *Michael Wehrheim* die Thematik in

seinem Werk „Die Partnerschaftsgesellschaft“ auf. Der Bedarf an einer solchen Form der Wissensvermittlung wird durch die Tatsache belegt, dass der Titel zehn Jahre nach seinem erstmaligen Erscheinen bereits in der vierten Auflage vorliegt. Neben einer Einleitung gliedert sich das Werk in drei große Blöcke: Ein erster Teil von rund 65 Seiten behandelt die zivilrechtlichen Fragen der Partnerschaftsgesellschaft, also die gesellschaftsrechtliche Behandlung der Rechtsform. Geschrieben ist die Darstellung hierbei primär mit Blick auf die Rechtsanwälte, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer und weniger auf die sonstigen freien Berufe. Das Erscheinen des Titels in der Reihe „Rechtsformen der Wirtschaft“ indiziert, dass sich das Buch nicht auf die rein gesellschaftsrechtlichen Aspekte der PartG beschränkt. So befasst sich der zweite, 35seitige Hauptteil mit der steuerrechtlichen Behandlung der PartG, etwa mit dem Problem der Umklassifizierung der Einkünfte in gewerbliche Einkünfte oder mit den steuerrechtlichen Folgen von Schadensersatzforderungen, die auf der Schadensverursachung eines Partners beruhen. Der dritte und letzte Hauptteil des Werkes befasst sich sodann mit einem Rechtsformvergleich, der unter Berücksichtigung betriebswirtschaftlicher Kriterien Entscheidungshilfen bei der Wahl der Rechtsform bieten soll. Verglichen werden die Rechtsformen GbR, GmbH und PartG durch Erörterung der Fragen der Kosten von rechtsformspezifischen Aufwendungen, der Möglichkeiten der Kapitalaufbringung und der Risikobeschränkung, der Flexibilität der Gesellschaft, der Altersvorsorge, der Kontinuität der Rechtsform oder des Images der konkurrierenden Gesellschaftsformen.



Anne Maria Arnold, Die erbrechtliche Nachfolge in der Partnerschaftsgesellschaft: unter besonderer Berücksichtigung berufsrechtlicher Implikationen, Verlag Peter Lang, Frankfurt 2006, 180 S., ISBN 978-3-631-55740-2, 42,50 EUR.

3. Die erbrechtliche Nachfolge in Personengesellschaften ist ein Klassiker des Gesellschaftsrechts. *Anne Maria Arnold* befasst sich in ihrer Studie „Die erbrechtliche Nachfolge in der Partnerschaftsgesellschaft“ mit den besonderen Fragestellungen, die hierbei die Rechtsform der PartG aufwirft. Der Schwerpunkt der Darstellung liegt auf der besonderen Berücksichtigung von berufsrechtlichen Implikationen. Zu diesem Zweck schildert die Verfasserin zunächst den Grundsatz der Unvererblichkeit des Partnerschaftsanteils, um sodann auf die Gestaltungsmöglichkeiten der erbrechtlichen Nachfolge im Partnerschaftsgesellschaftsvertrag einzugehen. Die gesellschaftsrechtlichen Fragestellungen sind hierbei schnell abgehandelt, so dass sich *Arnold* auf rund 80 Seiten detailliert den berufsrechtlichen Schranken widmen kann, die einer kautelarjuristischen Gestaltung nach allgemeinen Grundsätzen entgegen stehen. Wesentlicher Inhalt dieses Abschnitts ist die Aufarbeitung der berufsrechtlichen Vorgaben an die Begründung einer mono- oder interprofessionellen Berufsausübungsgesellschaft. Die entsprechenden Erkenntnisse werden für die behandelten Berufe jeweils kurz auf die hieraus folgenden Gestaltungsmöglichkeiten zur erbrechtlichen Nachfolge herunter gebrochen. Kürzere Abschnitte befassen sich sodann mit der Nachfolge einer Erbengemeinschaft in einen Partnerschaftsanteil und mit der qualifizierten Nachfolgeklausel sowie mit einigen Einzelproblemen, etwa dem Fehlen von Voraussetzungen zum Zeitpunkt des Erbfalls, dem Erwerb des Part-

nerschaftsanteils im Wege eines Vermächnisses oder der Testamentsvollstreckung am Partnerschaftsanteil.



Helder Schnittker / Stephan Bank, *Die LLP in der Praxis*, Verlag C.H. Beck, München 2008, 167 S., ISBN 978-3-406-56664-6, 49,00 EUR.

als Organisationsform für Freiberufler in Deutschland einer zunehmenden Beliebtheit erfreut. Beide Autoren verfügen daher über ausgezeichnetes Wissen über diese Rechtsform, das in praxisgerechter Form in das Werk eingeflossen ist. Es gliedert sich in einen gesellschaftsrechtlichen und einen steuerrechtlichen Teil, wobei Ersterer deutlich überwiegt. Alle wesentlichen gesellschaftsrechtlichen Fragen werden behandelt, wobei insbesondere die für die LLP kennzeichnende Zwitterstellung zwischen Personen- und Kapitalgesellschaft in ihren Auswirkungen anschaulich dargestellt wird. Gründung, Gesellschaftsvertragmitgliedschaft, Rechte und Pflichten der Gesellschafter, das Außenverhältnis von Gesellschaft und Gesellschaftern, Rechnungslegung und Publizität sowie einige weitere Aspekte werden knapp, aber umfassend dargestellt. Hier wird insbesondere auch die englische Rechtsprechung, die deutschen Lesern nicht ohne weiteres zugänglich ist, ausgewertet. Im steuerrechtlichen Teil liegt der Schwerpunkt der Darstellung auf der Einordnung der LLP für Zwecke des deutschen Steuerrechts, die aufgrund des hybriden Charakters der Gesellschaftsform problematisch und von der Ausgestaltung der Gesellschaft im Einzelfall abhängig ist. Die steuerrechtliche Einordnung der LLP als Körperschaft oder Personengesellschaft hängt hierbei davon ab, wie eindeutig sie als Personengesellschaft oder als Kapitalgesellschaft strukturiert ist. Ein 30seitiger Materialteil, der vor allem englische Antragsmuster beinhaltet, rundet die Darstellung ab. Wer sich ernsthaft mit der Gründung einer LLP befassen möchte, wird ohne diesen Titel nicht auskommen.



Helder Schnittker, *Gesellschafts- und steuerrechtliche Behandlung einer englischen limited liability partnership mit Verwaltungssitz in Deutschland*, Verlag Dr. Otto Schmidt, Köln 2007, 209 S., ISBN 978-3-504-25374-5, 69,80 EUR.

4. Den besonderen Wert, den praxisbezogene Dissertationen für die Berufspraxis haben können, kann nicht besser ein Werk dokumentieren, für das sich seine Autoren durch entsprechende Vorarbeiten qualifizierten haben. *Helder Schnittker* und *Stephan Bank*, Verfasser der Neuerscheinung „*Die LLP in der Praxis*“, haben beide zur englischen *Limited Liability Partnership* promoviert, die sich

5. Die Untersuchung „*Gesellschafts- und steuerrechtliche Behandlung einer englischen limited liability partnership mit Verwaltungssitz in Deutschland*“ von *Helder Schnittker* gliedert sich in drei große Blöcke. Der Verfasser erläutert zunächst die LLP als Rechtsform des englischen Rechts und legt hier einen Schwerpunkt auf ihre gesellschaftsrechtlichen Merkmale, insbesondere auf die Haftungsverfassung der Rechtsform. Kürzere Abschnitte befassen

sich mit Fragen der Geschäftsführung, der Kapitalausstattung, der Übertragbarkeit von Gesellschaftsanteilen oder der steuerrechtlichen Behandlung der LLP in Großbritannien. Auf rund 35 Seiten analysiert der Verfasser sodann die gesellschaftsrechtliche Behandlung der LLP in Deutschland und zeichnet zu diesem Zweck zunächst die europarechtlichen

Grundlagen nach, auf denen eine entsprechende Fragestellung beruht. Er kommt zu dem Ergebnis, dass gesellschaftsrechtlich zu qualifizierende Haftungsinstitute des deutschen Rechts, insbesondere Tatbestände der Durchgriffshaftung, auf die Gesellschafter einer LLP grundsätzlich keine Anwendung finden, während die deliktsrechtliche Haftung von Gesellschaft und Gesellschaftern sich nach kollisionsrechtlichen Gesichtspunkten regelmäßig nach deutschem Recht richtet. Rund 80 Seiten erläutern sodann die steuerrechtliche Behandlung der LLP und insbesondere den Rechtstypenvergleich als Methode der steuerlichen Einordnung. Die abschließend vorgestellten fünf Kernergebnisse der Arbeit sind: Die Identifizierung der LLP als hybride Gesellschaftsform, die Möglichkeit ihrer Nutzung auch für deutsche Unternehmen, die Möglichkeit der steuerlichen Einordnung in Deutschland als Personengesellschaft, die besondere Attraktivität der Rechtsform für Angehörige freier Berufe und schließlich ein durch sie bewirkter, steigender Konkurrenzdruck auf deutsche Gesellschaftsformen.



Nadja Lämmert, *Die Freiberufler-eG: Eine Alternative zu GbR, Partnerschaft, GmbH und „kleiner AG“?*, Shaker Verlag, Aachen 2006, 239 S., ISBN 978-3-8322-5577-0, 24,80 EUR.

6. Dissertationen zur AG und GmbH als Organisationsformen der freiberuflichen Berufsausübung sind mittlerweile beinahe abundant vorhanden. Erstmals liegt nun eine Untersuchung zur Genossenschaft vor, die *Nadja Lämmert* unter dem Titel „*Die Freiberufler-eG*“ mit der als Untertitel gestellten Frage „Eine Alternative zu GbR, Partnerschaft, GmbH und „kleiner AG?“ verknüpft hat. Die Verfasserin leitet zur Fragestellung

durch Betrachtungen zum Begriff des freien Berufs, den Bedürfnissen nach Kooperationen zwischen Freiberuflern und den traditionellen Formen einer solchen Kooperation hin, bevor sie sich im Detail mit der freiberuflichen Berufsausübungsgenossenschaft beschäftigt. Sie untersucht hier die Vereinbarkeit der Genossenschaftsprinzipien mit dem Wesen des freien Berufs und denkbare berufsrechtliche, gesellschaftsrechtliche und wettbewerbsrechtliche Einwände gegen die Nutzung der Rechtsform durch Freiberufler. *Lämmert* hält keinen der denkbaren Einwände für durchgreifend, so dass sie insbesondere auch den expliziten Ausschluss der Rechtsform in WPO und StBerG kritisiert. Im Hinblick auf das problematische Image von Freiberufler-GmbH und AG propagiert sie die eG als besonders geeigneten Kompromiss zwischen personalistischer Struktur und Haftungsbegrenzung. Allerdings identifiziert *Lämmert* auch Bedarf, das GenG anzupassen, um die Rechtsform für Freiberufler attraktiver zu machen. Weitere Abschnitte befassen sich mit der eG als Organisationsgesellschaft und als gewerblicher Betriebsförderungsgenossenschaft.



Dr. Matthias Kilian, Köln

Der Autor ist Rechtsanwalt und Vorstand des Soldan-Instituts für Anwaltmanagement e. V. (Essen). Er ist erreichbar per E-Mail: kilian@soldaninstitut.de